

Ständige Kulturpolitische Konferenz

„Kultur braucht Freiheit – nicht Aufsicht“

Die Sache mit der Kulturpolitik ist ein seltsames Tier. Sie lebt davon, dass der Staat ermöglicht, ohne zu dirigieren. Dass er Räume öffnet, ohne die Inhalte zu kontrollieren. In der Theorie klingt das simpel. In der Praxis zeigt sich gerade, wie schnell diese Balance kippen kann.

Die jüngsten Entscheidungen und Äußerungen von Wolfram Weimer werfen genau diese Frage auf: Versteht der Kulturstatsminister sein Amt als Schutzraum für kulturelle Freiheit – oder als Instrument politischer Disziplinierung?

Die Debatten um die Berlinale und den Deutschen Buchhandlungspreis zeigen ein Muster, das zunehmend irritiert. Beim Buchhandlungspreis wurde öffentlich, dass Bewerber im Umfeld der Preisvergabe sicherheitsbehördlich überprüft worden sein sollen und dass Entscheidungen der Jury korrigiert wurden. Kulturpreise leben jedoch von der Unabhängigkeit ihrer Juries. Wenn politische Ebenen beginnen, inhaltlich nachzusteuern, verliert ein Preis genau das, was ihn legitimiert: Vertrauen.

Noch gravierender ist die politische Signalwirkung. Buchhandlungen gehören zu den letzten niedrigschwelligen Orten der demokratischen Öffentlichkeit. Sie sind Treffpunkte, Debattenräume, Orte für Lesungen, Gespräche und kritische Literatur. Wenn ausgerechnet dort staatliche Sicherheitslogiken Einzug halten, entsteht ein gefährlicher Präzedenzfall: Kulturförderung wird zum Feld möglicher Gesinnungsprüfungen.

Ein ähnlicher Reflex zeigt sich in der Debatte um die Berlinale. Ein international renommiertes Filmfestival ist per Definition ein Ort politischer Auseinandersetzung. Filme erzählen von Krieg, Ungerechtigkeit, Migration, Identität und Macht. Dass dabei auch kontroverse Positionen auftauchen, ist kein Betriebsunfall, sondern das Wesen von Kunst. Wer darauf mit Forderungen nach politischen Verhaltenskodizes oder mit pauschalen Aktivismus-Vorwürfen reagiert, riskiert, genau jene Offenheit einzuschränken, die Festivals wie die Berlinale weltweit relevant macht.

Dabei geht es nicht darum, problematische Inhalte zu relativieren. Antisemitismus, Rassismus und jede Form von Menschenfeindlichkeit müssen klar benannt und bekämpft werden. Gleichzeitig gilt aber auch: Der Kampf gegen Diskriminierung darf nicht zum Einfallstor politischer Kontrolle über Kunst werden.

Kulturpolitik darf deshalb nicht in eine Logik rutschen, in der Konflikte mit administrativen Mitteln „befriedet“ werden sollen. Die Geschichte zeigt, wohin das führt: zu vorsichtigen Institutionen, zu selbstzensierten Programmen und zu einer Kulturlandschaft, die lieber vermeidet als provoziert.

Das wäre fatal. Denn gerade in Zeiten, in denen autoritäre Kräfte versuchen, Kultur als Schlachtfeld eines rechten Kulturkampfs zu instrumentalisieren, braucht es einen Staat, der kulturelle Freiheit verteidigt, nicht einen, der sie vorsorglich reguliert.

Ein Kulturstatsminister sollte Garant dieser Freiheit sein. Wenn stattdessen der Eindruck entsteht, dass Kulturinstitutionen politisch unter Druck geraten, Förderentscheidungen sicherheitspolitisch gerahmt werden oder unabhängige Jurys übergangen werden, beschädigt das nicht nur einzelne Einrichtungen. Es untergräbt das Vertrauen in die Kulturförderung des Bundes.

Deshalb braucht es jetzt Klarheit: vollständige Transparenz über die Entscheidungsprozesse beim Buchhandlungspreis, Respekt vor unabhängigen Jurys und eine eindeutige Zusage, dass staatliche Kulturpolitik nicht in die Rolle eines ideologischen Schiedsrichters schlüpft.

Sollte sich dieser Kurs jedoch fortsetzen – die Politisierung von Preisen, sicherheitsbehördliche Prüfungen kultureller Akteure und der Versuch, Festivals politisch zu disziplinieren – stellt sich zwangsläufig die Frage, ob Wolfram Weimer noch das Vertrauen besitzt, das dieses Amt braucht.

Kultur braucht keine Aufsicht.

Sie braucht Freiheit, Vertrauen – und einen Staat, der den Mut hat, genau das zu schützen.

Erklärung des Sprecher*innenrats der SKK vom 5. März 2026

Ständige Kulturpolitische Konferenz der Partei die Linke, Sprecher*innen: Magdalena Depta-Wollenhaupt, Eva-Maria Glathe-Braun, Annette Mühlberg, Klaus-Dieter Stork